

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 31 (1990)
Heft: 20

Artikel: Der Präsidialrat
Autor: Brügger, Christian
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093025>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Präsidialrat

In der Sowjetunion gibt es seit diesem Jahr eine neue Institution, den Präsidialrat (oder Präsidenschaftsrat oder Präsidentenrat). Was stellt er dar? Er weiss es selber nicht. Das ergibt sich aus einer Befragung, die der Moskauer Publizist Alexander Jakowlew bei acht der siebzehn Mitglieder vorgenommen hat.

Wo ist die Sowjetautorität?

In der UdSSR haben sich die Gewichte staatlicher und gesellschaftlicher Autorität, soweit diese überhaupt noch besteht, in den letzten Jahren und Monaten enorm verschoben, aber auf unterschiedliche Art und in verschiedener Hinsicht. Die gesamthafte Übersichtlichkeit fehlt, doch die Hauptbewegungen sind auszumachen.

- Generell zerfällt die Autorität oben, während sich die verzettelten Autoritätsansprüche unten vervielfachen. Sie sind zum Teil durch den bewussten Demokratisierungsprozess initiiert und geregelt, zu einem immer grösseren Teil aber aus der Aufbruchsituation heraus selber entstanden und ungeregelt.

- Die Autorität der Partei ist dahin. Sie selbst hat sich an ihrem letzten Kongress den früheren Auftrag aberkannt, Staat und Gesellschaft zu leiten und zu kontrollieren. Aus ihrem Führungsgremium, dem Politbüro, sind bis auf den Generalsekretär Gorbatschow alle Mitglieder ausgezogen, die hohe Ämter im Staat bekleiden und somit nach neuer Lesart Wichtigeres zu tun haben. In den Sowjetrepubliken sind die Parteigliederungen selbständig und national gewor-

den, sofern sie nicht überhaupt aus der KPdSU ausgetreten sind. Der ideologische und moralische Führungsanspruch der Partei wird praktisch von niemandem mehr anerkannt. Noch ist sie bis zur Verwirklichung des angesagten gesamtsowjetischen Mehrparteiensystems im unionsweiten Rahmen konkurrenzlos, aber lokal behaupten sich ihre Kandidaten gegen die zugelassene Konkurrenz schon fast nirgends mehr.

Da die bisherige Sowjetmacht wesentlich durch die Parteimacht und deren Hierarchie charakterisiert war, hat das Sowjetsystem selbst seine Autorität verloren, was einer Aufhebung der bis dahin geltenden Ordnung gleichkommt.

- Unterschiedlich, aber insgesamt entscheidend verschoben hat sich die Autorität von der Zentrale weg in die Gliedstaaten. Da jede föderative Konzession der laufend ausgeweiteten tatsächlichen Macht in den Republiken hinterherhinkt, macht die gesamtsowjetische Zentrale noch zusätzlich den Eindruck, den Ereignissen hilflos ausgeliefert zu sein. In diesem Jahr allein wurden schon fünf republiken- oder nationalitätenbezogene Gesetze erlassen, die sich alle als Totgeburten erwiesen haben und ringsum missachtet wurden. Die Sowjetführung selbst geht bei ihrem Entwurf zu einem neuen Unionsvertrag (siehe vorletzte Nummer) stillschweigend von der Ungültigkeit dieser Gesetze aus, ein Eingeständnis ihrer bisherigen Unmassgeblichkeit. So zerfällt die UdSSR als territoriale Macht.

Zu eigener Autorität erst gekommen sind die staatlichen Behörden, die früher Willensvollstrecker der Partei und deren Führung gewesen waren, wobei die Personalunion für die Spitzenämter die Transmission vereinfacht hatte. Aber die gewollte Emanzipation des Staates ist ihrerseits durch die Emanzipation oder vielmehr durch die schiere Freierwerdung der gesellschaftlichen Kräfte und der Völker überholt worden.

Beispielhaft ersichtlich wird das in der neuen Rolle des Parlaments. Erstmals bestellt wurde letztes Jahr der Volksdeputiertenkongress (der von ihm gewählte Oberste Sowjet ist gewissermassen sein permanenter Ausschuss) aufgrund von Wahlen mit teils freier und teils unfreier Kandidatenbestellung.



4 Karikatur zum behandelten MN-Beitrag.



Karikatur zum behandelten MN-Beitrag.

Die erste selbstverantwortliche Legislative der Sowjetgeschichte erreichte dank Redefreiheit ihren Höhepunkt an Wirksamkeit in ihrem Entstehungsjahr und sorgte für frischen Wind. Aber dieser weht jetzt auch ohne ihre Hilfe, und die Gesetzgeber werden von ihm zerzaust. In seinen Entscheidungen

grauste dem personell immer noch schlagseitig zusammengesetzten Gremium vor seinen eigenen Befugnissen. Praktisch hielt es sich im Windschatten des Staatsoberhauptes und erneuerte ohne eigenen Glauben im vermeintlichen Sinn Gorbatschows (er hätte sich ein Mitziehen gewünscht) Staat und Gesellschaft mit etwas mehr an instinktiver Betonung der Kontinuität. Statt dem Umgestaltungsprozess den Weg zu weisen, wurde das sowjetische Parlament innerhalb von einem Jahr zum blossen Anhängsel vom Genossen Trend, das heisst zum *bremsenden* Anhängsel von Kräften, die gesteuert hätten werden müssen.

Eine durchaus analoge Feststellung trifft auf die andern staatlichen Strukturen zu, insbesondere auf die Unionsregierung. Ihre erstmals gewonnene Eigenautorität konnte sich nicht entfalten. Tatsächlich war sie auch zwitterhaft abgestützt: einerseits auf eine schon erodierte Sowjetmacht und andererseits auf eine noch nicht funktionsfähige Demokratie. Das wäre als Transformationsstadium vielleicht noch hinzunehmen, aber es ist eine Frage der Frist. Wenn der Schmetterling nicht rechtzeitig ausschlüpft, erstickt er im Kokon.

Ein neues Gremium . . .

So verhält es sich mit der mehrfachen Autoritätsverschiebung in der Sowjetunion, und sie geht einher mit einem einfachen Autoritätsabbau der Zentrale. Aber bis hierher ist ein Faktor neuer Autorität noch unberück-

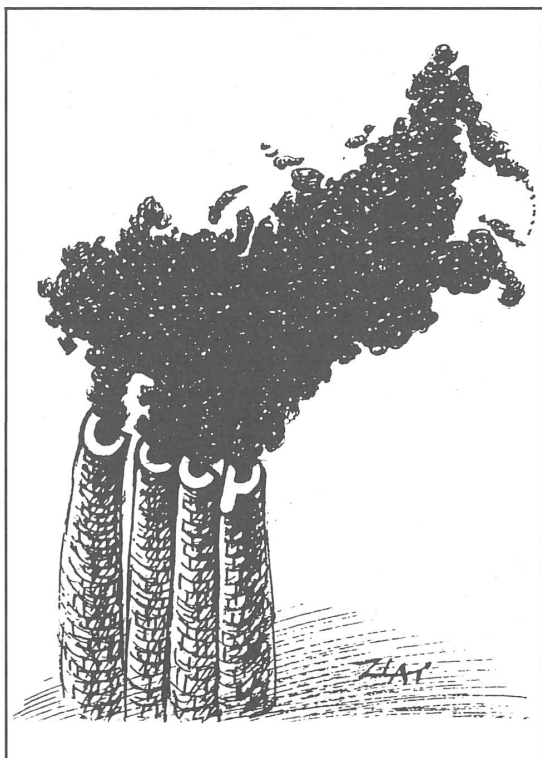
sichtigt geblieben, das nachgerade einzige Gegengewicht zum allgemeinen Zerfall. Es geht um Person und Amt des Staatsoberhauptes, um Kreis und Kompetenz des von ihm bestellten Präsidialrates.

Seitdem das Politbüro in die annähernde Belanglosigkeit relegiert worden ist, wird dem Präsidialrat nachgesagt, die eigentliche Macht im Sowjetstaat zu verkörpern. Freilich ist es bis auf die Person seines Vorsitzenden, des sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow, nur ein beratendes Gremium. Aber immerhin vereinigt es die Leute, auf die der Präsident besonders hört und hören will. Die Institution ist auf seinen Antrag hin geschaffen und in der Unionsverfassung verankert worden, und er selbst ernennt ihre Mitglieder.

Dem Rat gehören ausser dem Vorsitzenden zur Zeit 16 Personen an, alles Männer und bis auf die Ausnahme von Valentin Rasputin alles KPdSU-Mitglieder. Damit freilich hört die Einheitlichkeit auf. Zusammen sitzen hier Regierungsmitglieder, ehemalige Parteigrößen und Wissenschaftler, die sich als Kritiker des Sowjetsystems profiliert haben. Ganz unterschiedliche Strömungen der heutigen Gesellschaft kommen da zum Ausdruck, ohne die nationalen Strömungen freilich, ob russisch oder nicht-russisch.

. . . rätzelt über seine Rolle

Zur Rolle des Präsidialrates hat Jegor Jakowlew, Chefredaktor der Moskauer Wochenzeitschrift «Moskowskije Nowosti»,



Links: Die Abgaswolke Sowjetunion («Szpilki», Warschau, Nr. 14/1990). Rechts: Richtungen («Neue Zeit», Moskau, Nr. 28/1990).

den Vorsitzenden Michail Gorbatschow und sieben weitere Mitglieder befragt.

Seinem Bericht über die verschiedenen Aussagen (deutschsprachige MN-Ausgabe, Septembernummer 1990) stellt Jakowlew ein Zitat von *Stanislaw Schatalin* vor. Der Nationalökonom, ein Mitglied der Akademie der Wissenschaften (Mda), ist politisch eben jetzt im Gespräch, weil sein Entwurf für eine beschleunigte und radikale Wirtschaftsreform zum Ausgangspunkt der diesbezüglichen Parlamentsdebatte wurde. Dieser Schatalin also sagt:

«Ich bin Mitglied des Präsidialrates, weiss aber nicht, was ich in dieser Eigenschaft bin, wo meine Zuständigkeiten liegen und welche Verantwortung ich zu übernehmen habe. Klarheit herrscht nur bei einer Person, nämlich beim Präsidenten.»

Jakowlew merkt dazu an, dass ihm auch diese Klarheit zweifelhaft scheine, denn die Befugnisse und Möglichkeiten des Präsidenten seien machtmässig bei weitem nicht klar. «Wenn die Unionsrepubliken weiter für ihre Souveränität aktiv sind, kann es sein, dass Gorbatschow demnächst als Präsident ohne Land dasteht.» (Auf diese reale Möglichkeit haben wir im Zeitbild mehrfach hingewiesen.)

Nach welchen Kriterien wurde der Rat bestellt? Dazu *Michail Gorbatschow* (Zitate meist von uns gekürzt und sprachlich gerafft): «Ich möchte, dass die Mitglieder die Gesellschaft hervorragend vertreten und gleichzeitig alle ihre Unterschiede zum Ausdruck bringen. Als Präsident muss ich die ganze Gesellschaft überblicken. Ich muss sehen, was in den Republiken vor sich geht, ich muss die unterschiedlichen politischen Richtungen erkennen. An mir liegt es dann, das alles im Rahmen meiner Befugnisse zu harmonisieren.»

Ist der Rat bereit, auch das aufkommende Mehrparteiensystem zu widerspiegeln?

Ministerpräsident *Nikolai Ryschkow*: «Je mehr sich andere Parteien entwickeln, und sie werden es tun, desto pluralistischer wird unser Rat werden, denke ich.»

Im gleichen Sinn äussert sich *Jewgeni Primakow*, der Vorsitzende des Unionsowjets. Man dürfe den hohen Anteil von Parteimitgliedern in beliebigen Behörden angesichts der jetzigen Transitionsperiode nicht überbewerten. Auch im Obersten Sowjet seien die Abgeordneten zu fast 90 Prozent noch Kommunisten, aber später werde das alles ganz anders aussehen. Noch bestimmter drückt sich *Schatalin* aus: «Wenn der Präsi-

Mitglieder des Präsidialrates erhalten im Monat 1200 Rubel, aber Nikolai Ryschkow will sie nicht. Er findet, der Oberste Sowjet solle ihm erst einmal ein Gehalt als Ministerpräsident bewilligen, und das ist bisher noch nicht geschehen. Unglaublich? Für sowjetische Verhältnisse nicht so sehr. Bis jetzt war der sowjetische Ministerpräsident selbstverständlich auch Politbüromitglied und bezog sein amtliches Einkommen in dieser Eigenschaft. Nun haben die sowjetischen Selbstverständlichkeiten aufgehört, und Ryschkow arbeitet ehrenamtlich. Bis sich normale Selbstverständlichkeiten eingebürgert haben.

dialrat bis zu diesem Tag durchwegs kommunistisch ist, dann nur deshalb, weil das Mehrparteiensystem noch in den Windeln liegt. Der Rat wird sich bald in eine Koalition umwandeln.»

Der Rat spielt erklärterweise eine konsultative Rolle für das Staatsoberhaupt. Stellt er für Land und Leute sonst noch etwas dar? Hier fallen die Antworten unterschiedlich aus.

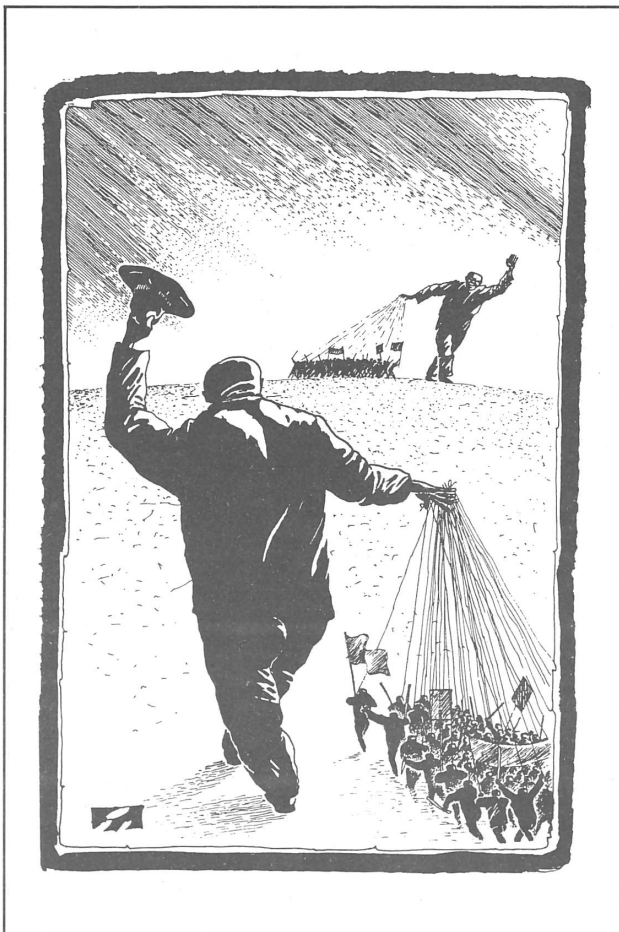
Der Abgeordnete und aussenpolitische Parteipolizist *Grigori Rewenko*: «Die Post, die früher an andere Instanzen gerichtet war, kommt jetzt zu uns. Das verrät die Sehnsucht nach einem Zaren; man scheut auf vielen Ebenen die selbständigen Entscheide und die entsprechende Verantwortung. Der Präsident und sein Rat werden mit spezifischen Problemen überschwemmt und drohen darin zu ertrinken.»

Der Historiker *Alexander Jakowlew* (ein Hauptexponent der Bewegung für eine ehrliche Bewältigung der Vergangenheit mit ihren gegenwärtigen Ausläufern): «Sollte sich die Meinung herausbilden, der Präsident könne alles und müsse sich mit allem befassen, landen wir bald wieder in jene kollektive Verantwortungslosigkeit mündet.»

Schatalin: «Innerhalb des Präsidialrates befasse ich mich mit der Wirtschaft und habe Kontakte mit den wirtschaftlichen Führungskräften. Aber wie stehen wir zu einander? Ich weiss es nicht. Unterbreite ich beispielsweise dem Finanzminister eine Bitte, oder gebe ich ihm eine Anweisung? Die Ungewissheiten in der Kompetenzfrage bringen Kränkungen mit sich und hindern uns daran, alle am gleichen Strick zu ziehen.»

Innenminister *Wadim Bakatin*: «Unser Gremium hat die ausschliessliche Funktion, den Präsidenten zu beraten. Dieser fasst seine Beschlüsse allein und trägt auch die alleinige Verantwortung.»

Der Wirtschaftswissenschaftler *Jewgeni Primakow*, Mda: «Wir sind zur Beratung da,



Die Nachfolger und ihr Gefolge.
Karikatur ohne Worte
aus «Ogonjok»,
Moskau, Nr. 36/1990

aber hat es damit sein Bewenden? Man kann doch nicht dem Präsidenten etwas sagen und sich dann nicht darum kümmern, was weiter geschieht. Kraft meiner Befugnisse bin ich bestrebt, die Politik des Präsidenten in die Praxis umzusetzen. In diesem Sinn wird sich der Präsidialrat wahrscheinlich transformieren und neue Funktionen übernehmen. Bereits gehören ihm wichtigste Regierungsmitglieder an, die über entsprechende Macht verfügen und durch dieses Gremium zusätzlich aufgewertet werden.» (Das betrifft neben dem Regierungschef den Aussenminister, den Verteidigungsminister, den Innenminister und den KGB-Chef. Sie haben zu ihren jeweiligen Funktionen noch einen besonderen Zugang zum Staatsoberhaupt und bilden somit gewissermassen einen Separatklub innerhalb der Unionsregierung.)

Der Präsident dekretiert, und niemand schert sich darum

Selbstverständlich kann man sich im Präsidialrat auch Gedanken darüber machen, was für den Staatspräsidenten, den die Verfassung mit erheblichen Befugnissen ausstattet, tatsächlich machbar ist. Und in dieser Hinsicht gibt es eine illusionslose Antworten.

Der Ökonom und Volksdeputierte *Valeri Boldin*: «Wir gehen durch eine Zeit, in der vieles sich nicht reimen will. Der Präsident gibt einen Erlass heraus, und dieser wird nach Gutdünken missachtet, sei es von einzelnen Personen, sei es von ganzen Republiken.»

Rewenko: «Die Achtung vor dem Gesetz ist in unserm Land auf den Nullpunkt gesunken. Wenn ich mich als Staatsbürger und Person vor dem Gesetz zu verantworten habe, will ich von ihm auch geschützt sein. Aber wenn sich der eine durch das Gesetz schützen lässt, schützt sich der andere durch seine MP, und das ist etwas anderes. Solange bei uns die gesetzgebende Gewalt, die exekutive Gewalt und die richterliche Gewalt nicht wirklich funktionieren, ist auch ein Staatspräsident nicht imstande, die Einhaltung der Bürgerrechte und Bürgerfreiheiten

zu gewährleisten, oder dem Land die Eintracht zu geben.»

Wie soll sich nun der Präsident in einer solchen Situation verhalten, und mit welchen Methoden soll er vorgehen?

Gorbatschow: «Nur mit politischen Methoden. Wir müssen den Übergang zu Marktbeziehungen schneller herbeiführen, ebenso den Unionsvertrag. Beides gehört zusammen. Die Bürger brauchen den Stimulus, und die Republiken brauchen das Recht auf eigene Nutzung ihres Potentials. Das sind die Atemwege, die wir öffnen müssen, um der Gesellschaft ihren Sauerstoff zu geben.»

Aber gibt es schon einen Mechanismus, der gewährleisten würde, dass die Beschlüsse des Präsidenten im Lande draussen auch verwirklicht werden? Ist ein solcher Mechanismus auch nur entworfen?

Gorbatschow: «Wir suchen vorerst. Wir studieren die Systeme in andern Ländern. Bezüglich der Umsetzung spricht man bald von Bürgermeistern, bald von Präfekten oder Gouverneuren. Ich aber möchte nicht, dass solche Amtsinhaber vom Präsidenten zu ernennen wären. Sie müssten auf irgendeine Weise mit den jeweiligen Behörden verbunden sein, zum Beispiel als Vorsitzende des örtlichen Sowjets, und dann freilich zusätzlich ausgestattet mit Vollmachten, die ihnen gesetzgeberisch einzuräumen wären. Auch in dieser Frage muss man eine Verknüpfung mit dem allgemeinen Demokratisierungsprozess finden.»

Soweit die Auskünfte der Gesprächspartner. Wenn es schon zutrifft, dass sich die sowjetische Autorität in den Präsidialrat verschoben hat, so muss sie offenbar immer noch definiert und durchsetzbar gemacht werden.

Aus den Erläuterungen, die Jegor Jakowlew selber zur Institution des Präsidialrates gibt, lässt sich übrigens ersehen, dass dieser so unstrukturiert denn doch nicht ist. Es gibt Gruppen mit zugeteilten Kompetenzen und

Verantwortungen; Abteilungen mit eigenen Mitarbeitern sind im Aufbau. Die Regierungsmitglieder innerhalb des Rates arbeiten Dokumente aus, die der Präsident dann unterschreibt usw. Aber die internen Bereinigungen organisatorischer Art sind noch keine Antwort auf die Frage, welche gesamt-sowjetische Rolle Präsident und Präsidialrat real zu spielen vermögen.

Gorbatschow ist seit März dieses Jahres Präsident der UdSSR, und in seinem ersten Dekret hat er als Sitz des Präsidialrates den Kreml bestimmt. Aber dort hat der Rat noch keinen eigenen Platz gefunden, sondern belegt einstweilen Amtsräume im ZK-Gebäude oder sonstwo, zum Beispiel in den Wohnungen seiner Mitglieder.


Aber ein Präsidialrat ohne Haus ist immer noch besser als ein Präsident ohne Land.



Ihr Teppich- und Bodenbelagsgeschäft

W. Geelhaar AG Bern
Thunstrasse 7
am Helvetiaplatz
Tramlinien 3+5
Telefon 031 43 11 44

Auch für Reparaturen und
Reinigungen von Orient-,
Handweb- und Berber-
teppichen sind wir Ihr
Vertrauenshaus.

STEIGER DRUCK AG BERN  Moserstrasse 31 3014 Bern Telefon 031 41 27 75

... Steiger druckt's